

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Carina Konrad, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/7029 –**

Smart Farming – Flächendeckende Breitbandversorgung für eine innovative Landwirtschaft in Deutschland

A. Problem

Die Antragsteller betonen, die Landwirtschaft nehme eine Vorreiterrolle im Bereich digitaler Technologien ein, die schon vielfältig Einzug in die Produktion gehalten hätten. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft brauche die Anbindung des ländlichen Raumes an schnelles Internet. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung unter anderem auffordern, dem bestehenden Stadt-Land-Gefälle bei der Breitbandversorgung durch eine Steigerung der Attraktivität des Glasfaserausbaus in ländlichen Räumen entgegenzuwirken; durch die Ausgabe sogenannter „Gigabit-Gutscheine“ eine bessere Internetanbindung in ländlichen Räumen zusätzlich zu fördern; mittels eines Gigabit-Grundbuchs ein transparentes System zur Erfassung der Glasfaserinfrastruktur in Deutschland einzurichten; bei der geplanten 5G-Frequenzversteigerung die Anzahl der Haushalte nicht als alleinigen Maßstab für die Abdeckung zu sehen und sich für eine einheitliche Verwaltung und Nutzung von der aus öffentlicher Hand erzeugten Daten, die für die Landwirtschaft wichtig sind, einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/7029 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2019

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Gustav Herzog
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Gustav Herzog

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/7029** in seiner 75. Sitzung am 18. Januar 2019 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen aus, dass die digitale Transformation alle Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens erreicht habe. Besonders die Landwirtschaft nehme eine Vorreiterrolle im Bereich digitaler Technologien ein. Eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft brauche dabei die Anbindung des ländlichen Raumes an schnelles Internet. Der Deutsche Bundestag soll nach dem Willen der Antragsteller die Bundesregierung unter anderem auffordern, dem bestehenden Stadt-Land-Gefälle bei der Breitbandversorgung durch eine Steigerung der Attraktivität des Glasfaserausbaus in ländlichen Räumen entgegenzuwirken; durch die Ausgabe sogenannter „Gigabit-Gutscheine“ eine bessere Internetanbindung in ländlichen Räumen zusätzlich zu fördern; lokale private Initiativen (sog. „Buddelvereine“) mit Augenmaß zu fördern; mittels eines Gigabit-Grundbuchs ein transparentes System zur Erfassung der Glasfaserinfrastruktur in Deutschland einzurichten; bei der geplanten 5G-Frequenzversteigerung die Anzahl der Haushalte nicht als alleinigen Maßstab für die Abdeckung zu sehen; die Lizenzen der jetzigen 4G-Flächenfrequenzen unter Auflagen zu verlängern und sich für eine einheitliche Verwaltung und Nutzung von der aus öffentlicher Hand erzeugten Daten, die für die Landwirtschaft wichtig sind, einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7029 in seiner 29. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7029 in seiner 22. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat die Vorlage auf Drucksache 19/7029 in seiner 25. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die Vorlage auf Drucksache 19/7029 in seiner 32. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, sie halte den Antrag der FDP für überflüssig, weil sich die Bundesregierung und die Koalition bereits auf einem guten Weg befänden. Durch das laufende Förderprogramm seien viele Ausbauprojekte auf den Weg gebracht worden, die sich zurzeit in der Umsetzung befänden. Das so genannte „Graue-Flecken-Programm“ sei in Vorbereitung. Die 5G-Versteigerung eröffne weitere Möglichkeiten, gerade im Bereich der lokalen 5G-Netze. Man werde alles Erforderliche in Angriff nehmen, um das laufende „Weiße-Flecken-Programm“ zügig umzusetzen, das „Graue-Flecken-Programm“ auf den Weg zu bringen und den Mobilfunkausbau entsprechend den Verpflichtungen in allen Regionen bis Ende 2019 zügig voranzutreiben. Den Antrag der FDP lehne sie ab.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, auch wenn der Antrag der FDP gute Ansätze beinhalte, seien die Forderungen weitgehend überholt, da Koalition und Regierung bereits erfolgreich tätig geworden seien, insbesondere im Hinblick auf den Glasfaserausbau. Gigabitgutscheine halte sie nicht für ein geeignetes Instrument. Ein Gigabitgrundbuch sei in dieser Form ebenfalls nicht notwendig. Es gebe bereits den Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur. Die Bundesnetzagentur sei mit ihrer Entscheidung, bei der 5G-Versteigerung die Verkehrswege einzubeziehen, deutlich über die bisherige Orientierung an Haushalten hinaus gegangen. Sie betonte, der Ausbau des Standards LTE (4G) sei für die Landwirtschaft im Moment wesentlich wichtiger als 5G, weil dieser Standard für die insoweit relevanten Funktionen gar nicht gebraucht würde.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, man habe sich erst vor kurzem im Ausschuss über einen fast identischen Antrag der FDP mit praktisch denselben Forderungen unterhalten, auch wenn sich der nun vorliegende Antrag speziell auf die Infrastruktur für die Landwirtschaft beziehe. Die geforderten Maßnahmen seien aber inhaltlich fast deckungsgleich mit denen aus dem Antrag auf Drucksache 19/6398 zum Thema „Digitalisierung im 21. Jahrhundert.“ Da sie dem Antrag auf dieser Drucksache zustimmt habe und keine wesentlichen Unterschiede erkennbar seien, werde sie dem nun vorliegenden Antrag ebenfalls zustimmen. Sie halte aber eine bessere Abstimmung innerhalb der Fraktion der FDP für wünschenswert.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, auch wenn man mit Maßnahmen begonnen habe, gebe es in ländlichen Regionen noch wenig Bewegung beim Thema Digitalisierung. Die Landwirtschaft und die ländlichen Räume sähen sich einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber. Man spreche über eine Verbesserung des Tierwohls, über effiziente Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln und Einsparungsmöglichkeiten beim Dünger. Die Technologie der Digitalisierung sei ein Schlüsselfaktor, um die Landwirte, die unter hohem Kostendruck stünden, bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Das Gigabitgrundbuch sei nicht überflüssig, sondern ein Instrument zur Herstellung notwendiger Transparenz. Digitalisierung sei ein Querschnittsthema, weshalb auch innerhalb der Fraktion mehrere Initiativen ergriffen würden.

Die **Fraktion DIE LINKE**. meinte, die mit dem Einsatz von Digitalisierung verbundenen Chancen in der Landwirtschaft würden im Antrag künstlich überhöht. Richtig sei, dass ein flächendeckender Ausbau der Breitbandanbindung gerade auf den „weißen Flecken“ erfolgen müsse, die seitens der Telekommunikationsanbieter aus marktwirtschaftlichen Erwägungen bislang außer Acht gelassen worden seien. Sie fordere, auch die Versorgung mit Breitband in die Daseinsvorsorge mit aufzunehmen. DIE LINKE. wolle eine Versorgung in der Fläche. Auch solle man im Hinblick auf die Daten die Forderung nach freier Verfügbarkeit – Open Access und Open Data – aufnehmen, und zwar unter Berücksichtigung insbesondere von Datenschutzbelangen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie teile grundsätzlich das Anliegen der FDP, den ländlichen Raum zu stärken. Die Forderung nach Ausgabe der sogenannten Gigabit-Gutscheine sehe sie aber kritisch, weil Mitnahmeeffekte vorprogrammiert seien. Die Forderung nach Unterstützung lokaler privater Initiativen lasse die notwendige Konkretisierung vermissen. Das geforderte Gigabit-Grundbuch halte sie – auch wenn eine Weiterentwicklung in diesem Bereich geboten sei – nicht für zielführend. Dessen Einrichtung würde zu einem Aufwuchs an Bürokratie führen. Der Forderung nach Verlängerung der Lizenzen der jetzigen 4-G-Flächenfrequenzen unter strengen Ausbau- und Wettbewerbsauflagen stimme sie zu. Der Antrag enthalte gute, aber wenig fundierte Ansätze.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7029.

Berlin, den 13. Februar 2019

Gustav Herzog
Berichtersteller